

Eine Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Die „Erklärung der Glaubenskongregation zu einigen Fragen der Sexualethik“ greift ein drängendes Problem in Kirche und Gesellschaft auf. Mit Mut und Entschiedenheit werden die im sexuellen Bereich üblichen Normen und Werte dargelegt, die im Menschsein erkennbar und in der Botschaft Christi erhellt sind. Unter Berücksichtigung neuerer theologischer und psychologischer Erkenntnisse bemerkt die „Erklärung“ mit Nachdruck, daß die Liebe durch die Festigkeit und das bleibende Band der Ehe geschützt werden muß. Sie unterscheidet zwischen ehelichem und vorehelichem Verhalten, geht ein auf die Probleme der Masturbation und der Homosexualität. In diesen Fragen macht die Erklärung Aussagen über die sittliche Bewertung und über die Anwendung der sittlichen Grundnormen für die Beurteilung im Einzelfall. Besonders hervorzuheben sind die Aussagen über die Eigenart sittlicher Entscheidungen: es wird klar ausgesprochen, daß es die Grundentscheidung ist, die letztlich die sittliche Verfassung des Menschen bestimmt. Mit Recht ist dabei verwiesen, daß solche Grundentscheidungen gegen Gott, d. h. die schwere Sünde, nicht allein in der Aufkündigung der Liebe zu Gott und der Liebe zum Nächsten besteht, sondern sich in den Einzelhandlungen des Menschen konkretisiert. Dies gilt auch für das sittliche Verhalten im Bereich der Sexualität.

Zu diesen Fragen haben die deutschen Bischöfe 1973 in ihrem Hirtenbrief „Zu Fragen der menschlichen Geschlechtlichkeit“,

die Gemeinsame Synode in ihrem Beschluß „Christlich gelebte Ehe und Familie“ und ihrem Arbeitspapier „Sinn und Gestaltung menschlicher Sexualität“ bereits klare Stellung bezogen, die in der „Erklärung“ ihre Bestätigung findet. Verschiedene Einzelfragen in diesen Dokumenten werden in der „Erklärung“ noch konkreter behandelt.

Natürlich läßt auch diese „Erklärung“ Fragen offen. Die deduktive Argumentationsweise wird vielleicht manchem das Verständnis und den Zugang zum Inhalt der „Erklärung“ erschweren. Manche werden in verschiedenen Punkten eine differenziertere und ausführlichere Behandlung vermissen. Aber die „Erklärung“ selbst fordert ja Vertiefung der überkommenen Lehre und stärkere Interpretation humanwissenschaftlicher Erkenntnisse.

Gewiß wird die „Erklärung“ in der Öffentlichkeit Widerspruch hervorrufen. Eine Auseinandersetzung ist aber angesichts des bedrohlichen Rückgangs des sittlichen Empfindens und der wachsenden Mißachtung objektiv vorgegebener Normen und Werte auch im sexuellen Bereich unausweichlich, ja dringend erforderlich. Schließlich geht es auch in diesen sexualethischen Fragen um die Zukunft des Menschen und der Gesellschaft. Die Kirche muß in dieser Auseinandersetzung – ob gelegen oder ungelegen – ihren Beitrag leisten.

Länderbericht

Kirchenkampf trotz Helsinki

Anmerkungen zur kirchlichen Situation der Tschechoslowakei

So still es im kirchenpolitischen Geschehen der ČSSR geworden zu sein scheint, so intensiv ist der ideologische Kampf gegen alles Religiöse. Es ist nicht übertrieben, wenn Beobachter feststellen, daß der Angriff der KPČ auf die Kirche eine neue Phase erreicht hat. Geführt wird er unter der Devise: Kampf der ideologischen Diversion. Es muß um das Vertrauen der Prager Parteileitung in die ideologische Festigkeit der Bürger schlecht bestellt sein; nur so läßt sich das konzentrierte Vorgehen in Presse und Rundfunk, aber auch durch Verwaltungen und Betriebsleitungen erklären, um die „religiösen Bedürfnisse“ der Bevölkerung, die nach den oft zitierten Worten des inzwischen zum Staatspräsidenten erhobenen KP-Generalsekretärs *Gustav Husák* erfüllt werden sollen, noch stärker zurückzudrängen.

An der Fortsetzung der antireligiösen und antikirchlichen Propaganda kann man ablesen, welchen wirklichen

Wert die Schlußakte der Konferenz von Helsinki für die Prager Partei- und Staatsführung, die auch von der ČSSR durch den Mund ihres Staatsoberhauptes als ihre eigene Absichtserklärung deklariert worden ist, für die Handhabung der Religionsfreiheit hat. Werden die dort ausgesprochenen Absichten vor den Hintergrund der tatsächlichen Situation für gläubige Menschen gestellt und nach ihrer Übereinstimmung von Wort und Tat abgetastet, so kann auch der größte Zweifler an der Wirksamkeit dieses mit soviel Pathos dargestellten Schauspiels in seiner kritischen Einstellung nur bestärkt werden. Denn für die ČSSR haben sie sich bis jetzt als nicht existent erwiesen. Gerade in allerletzter Zeit feuert die Prager Parteiführung mit noch zunehmender Kraft aus vollen Rohren gegen den Glauben der eigenen Bürger, gegen das gesamte kirchlich-religiöse Leben, den Feind Nr. 1 auf ideologischer Ebene.

Ein aufschlußreicher Vortrag vor Friedenspriestern

Diese Feststellung gilt insbesondere für den Bereich der Erziehung, wo von „Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle“ nicht die Rede sein kann. Mehr als diese unterschriebene Zusicherung gelten die Beschlüsse des XIV. Parteikongresses. Offen und brutal hat dies der Stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Front, Prof. *Tomáš Trávníček*, auf einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der Bewegung „Priestervereinigung *Pacem in terris*“ am 28. Oktober 1975 in Olmütz gesagt. An 200 katholische Geistliche richtete er in Anwesenheit der beiden Bischöfe *Josef Vrana* von Olmütz und *Joseph Feranec* von Banská Bystrica, sehr offene Worte. Trávníček sagte nicht nur ihnen selbst (oder der von ihnen vertretenen Sache) den Kampf an, er forderte sie auch noch auf, an der Verwirklichung der Politik der KPČ, deren weltanschaulichen und atheistischen Charakter er ihnen darlegte, mitzuarbeiten. Trávníček resumierte die „Erfolge“ des auslaufenden 5. Fünfjahresplanes im Lichte der Beschlüsse des XIV. Parteikongresses, der auch pädagogisch festumrissene Aufgaben für eine Intensivierung einer sozialistischen Erziehung gestellt hatte. Ein Bestandteil dieser Formung und Erziehung zum sozialistischen Menschen seien nicht nur bürgerliche Tugenden wie Liebe zu den Eltern, zur Sowjetunion, zur Solidarität mit den Menschen der ganzen Welt: „Das alles genügt der sozialistischen Gesellschaft nicht. Wir wollen mehr... Wir sind überzeugt, daß der Erziehungsprozeß in der Bildung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung gipfeln muß... Deshalb kann ich auch an dieser Stelle nur ganz offen wiederholen, daß in diesem Bereich ein unüberwindbarer Unterschied zwischen der Ideologie der Kommunisten, zwischen der Ideologie des sozialistischen Staates und einer religiösen und kirchlichen Ideologie besteht und bestehen wird.“ Während der ganzen Phase des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft werde man den Kampf um das Bewußtsein des Menschen führen. Diesen Kampf wolle man geduldig führen, „vor allem durch positive Veränderungen der Lebensbedingungen...“ Ob es denn angesichts dieser Situation noch einen Grund dafür gebe, daß sich Kirche und Priester auf die andere Seite der Barrikaden stellten oder an der Verwirklichung der Politik der Partei sich (nicht) beteiligten.

Es wird also dem katholischen Klerus in der ČSSR nichts Geringeres als *Zukunftsperspektive* zugemutet als der Kampf gegen die eigene Position; und der Klerus soll auch noch an der Durchsetzung der Politik der KPČ, die ausdrücklich und nach eigenem Eingeständnis alle Bürger des Landes zu einem sozialistischen Bewußtsein aus marxistisch-leninistischer Weltanschauung, die wesentlich atheistisch ist, führen will, mithelfen. Es fällt auf, daß in den Diskussionsbeiträgen, wenigstens so weit sie in dem Bericht über die Sitzung vom Sekretariat der Priestervereinigung in der „Katholischen Zeitung“ (*Katolícké noviny*, 9. 9. 75) wiedergegeben werden – und mehr ist in Ol-

mütz wohl nicht gesagt worden –, auf diese für eine Priestervereinigung so bedeutsame Erklärung eines Spitzenfunktionärs der alles beherrschenden Partei in keiner Weise Bezug genommen worden ist. Der anwesende Hausherr des Sitzungsortes, Bischof Vrana, in dessen Haus die Versammlung tagte, schwieg, und Bischof Feranec berührte diesen Punkt der Tagesordnung überhaupt nicht, begnügte sich vielmehr mit einigen Phrasen aus der aktuellen politischen Diskussion und einigen recht mageren religiösen Gedanken. Auch in der „Erklärung“, die von der Versammlung einstimmig und ohne Diskussion verabschiedet und veröffentlicht wurde, stehen nur Allgemeinheiten, die an der Problematik einer Suche nach Möglichkeiten christlicher Existenz in dieser sozialistischen Gesellschaft vorübergehen.

Strangulierung der religiösen Erziehung

Was jedoch in Olmütz den anwesenden Geistlichen und Bischöfen programmatisch angekündigt worden ist, wird in der Praxis bereits verwirklicht. Gerade in den letzten Monaten wurde der Kampf gegen Glaube und kirchliche Praxis insbesondere *bei der Jugend* intensiviert. In den „Ideell-pädagogischen Handreichungen“ für das Schuljahr 1975/76, die amtlichen Charakter haben und für alle Volksschulen und weiterführenden Schulen verpflichtend sind, werden die grundsätzlichen Äußerungen, wie sie Prof. Trávníček vorgetragen hat, für den Gebrauch in *Erziehung und Unterricht* konkretisiert. Ausdrücklich wird als Ziel aller pädagogischen Erwägungen und Bemühungen „die Erziehung zur wissenschaftlichen Weltanschauung und zum Atheismus“ genannt. Diese „bleibt auch weiterhin die grundlegende Aufgabe“, und zwar sowohl für die Schule wie für alle anderen erzieherischen Einrichtungen. Die Lehrer werden angewiesen, geeignete Lehrpläne für alle Unterrichtsfächer zu entwerfen, die der Aufgabe einer atheistischen Erziehung gerecht werden können. Daneben seien auch außerhalb der Schule geeignete Vorkehrungen zu treffen, die dem Ziel einer atheistischen Erziehung dienen: atheistische Zirkel, Lenin-Klubs, weltanschauliche Gruppen. Die atheistische Erziehung der Schuljugend soll der Klassenlehrer koordinieren. Welche Formen im konkreten Schulalltag die *Vergewaltigung der Gewissen* annehmen kann, wird an einzelnen Beispielen deutlich. So berichtet die Zeitschrift des Slowakischen Instituts in Rom (*Hlasy z Rima* Nr. 5/1975) vom Sohn eines wissenschaftlichen Mitarbeiters eines Universitätsinstituts, den die Lehrerin auf das Podium vor die Schulklasse stellte und wegen seiner religiösen Einstellung verspottete. Ähnliche „pädagogische Maßnahmen“ kommen immer wieder vor. Aber nicht immer werden die Kinder in so unpädagogischer Weise bearbeitet. Laut slowakischer Lehrerzeitung (*Učitelske noviny*, 29. 5. 75) eruierte man z. B. in einer 9. Volksschulklasse den Stand persönlicher religiöser Einstellung und leitete dann davon entsprechende erzieherische und unterrichtliche Maßnahmen ab.

Der für 1976 bereits angekündigte XV. Parteikongreß der KPČ dürfte dieser Sparte ideologischer Arbeit in den nächsten fünf Jahren weitere „Impulse“ geben. Damit steht die Kirche des Landes vor der Aufgabe, stärker die Eltern selbst für eine religiöse Unterweisung und christliche Erziehung ihrer Kinder zu gewinnen und sie dazu zu befähigen. Da es aber an Hilfsmitteln in Form von Handreichungen für die Eltern fehlt und eigene Einführungsstunden nicht möglich sind, läßt sich auf dieser Fährte nur wenig erreichen. Denn dies alles ist ja verboten und müßte zum Entzug der staatlichen Genehmigung zur Ausübung des geistlichen Amtes führen. Schließlich muß sogar befürchtet werden, daß die Kirchensekretäre verbieten, solche Anweisungen innerhalb der Sonntagspredigt zu geben.

Friedenspriester im Zwielficht

Angesichts dieser tristen Situation eines verschärften Kirchenkampfes drängen sich zwei Fragen auf. Zunächst die *nach den Motiven* bei der Parteiführung. Denn man kann bzw. muß davon ausgehen, daß von christlicher Seite eine wirkliche innenpolitische Gefährdung für das kommunistische System nicht ausgehen kann, dazu würde die stille Opposition gegen das atheistische Zwangssystem nicht ausreichen. In Wirklichkeit stellt der gläubige Bevölkerungsteil nur noch in den Vorstellungen der Parteiführung eine Gefahr dar, die zu einem zweiten „1968“ führen könnte; die KPČ mußte ihren Feind Nr. 1 wohl anderswo suchen. Dennoch muß neben dem offenen Antagonismus zwischen religiösem Glauben und kommunistischer Ideologie die Furcht vor einer „ideologischen Diversion“ tatsächlich nach wie vor eine große Rolle spielen. Die Ideologen der Parteiführung scheinen mit der für sie derzeit nur theoretischen, aber doch auch schon einkalkulierten Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß auch gläubige Bürger potentielle Anhänger einer antisozialistischen und antisowjetischen Strömung im Lande sein könnten. Diese Vermutung erweist sich insofern als richtig, als in der Entwicklung, die zum „Prager Frühling“ geführt hat, auch Christen ihre Forderungen an Partei und Staat gerichtet hatten. Wenn jedoch, wie es sich aus der Sicht der heutigen Praxis und aus dem Tenor der immer wieder dargelegten theoretischen Überlegungen ergibt, eine wirklich friedliche Koexistenz zwischen Sozialismus und christlichem Glauben als gänzlich unmöglich angenommen wird, dann werden in der ČSSR unabhängig davon auch nach Helsinki Religions- und Glaubensfreiheit zwar weiterhin deklamiert, aber nicht praktiziert werden.

Die zweite Frage betrifft die *Priestervereinigung* „*Pacem in terris*“ selbst und vor allem deren grundsätzliche Einstellung zum gegenwärtigen Regime: Was hält diese von ihrer Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei? Man wird eine solche Frage freilich mit Vorsicht stellen, denn sie allein schon könnte von der großen Mehrzahl der Mitglieder als Unrecht empfunden werden; denn die mei-

sten sind nur aus taktischen Überlegungen beigetreten, um überhaupt die Möglichkeit seelsorglichen Wirkens zu erhalten oder um Schikanen durch die Kirchensekretäre zu entgehen. Bisweilen mag auch die Furcht vor einer erzwungenen Versetzung in eine schwierige Gemeinde oder in ein abgelegenes Grenzgebiet den Beitritt und die äußere Mitarbeit in der Vereinigung ratsam erscheinen lassen. Und so mancher Geistliche wollte guten Glaubens ein Abgleiten in das Fahrwasser der früheren Friedensbewegung unter *Plojhar* und *Beneš* verhindern helfen.

Es muß auch zugegeben werden, daß es für die meisten Priester äußerst schwer ist, für sich den richtigen Weg zu finden; sie selbst hatten und haben oft zu wenig Vertrauen zu ihren nächsten Mitbrüdern. Die Bischöfe wiederum wagten nicht, offen zu sprechen. Ihre seinerzeitige Erklärung vor der Neugründung der Bewegung brachte für den Klerus keine Klärung. Zum mindesten zwielfichtig aber ist die Rolle der Priester an der Spitze der Bewegung, die bewußt und mit Bedacht mit dem Kirchensekretariat gemeinsame Sache machen und widerspruchslos allen Winkeln von dieser Seite nachkommen und sie rechtfertigen. Sie wollen offenbar nicht wahrhaben, daß sie sich selbst der Verachtung vieler Menschen auch außerhalb der Kirche preisgeben. Bei allem Respekt vor ihrer Situation müssen sie sich fragen lassen, ob sie wirklich der Kirche und den Gläubigen dienen. Aus ihren öffentlichen Äußerungen sind immer nur die Parteitendenzen in einem schon widrigen Gleichklang zu vernehmen, sie unterstreichen mehr oder minder nur, was vorher bereits aus dem Munde eines Parteifunktionärs zu hören war, falls diese es nicht selbst solchen Priestern überlassen, Mund der Partei zu sein. Sind ihnen die Gewissensnöte ihrer Mitbrüder und Mitchristen nicht bekannt? Haben sie versucht, Kinder und Jugendliche aus gläubigen Familien vor Diskriminierung und beruflicher Schädigung zu schützen? Hat die Führung der Bewegung etwas gegen die gewaltsame Zurückdrängung des Religionsunterrichts in den Schulen unternommen? Die Bewegung soll für gute Beziehungen zwischen Kirche und Staat besorgt sein. Haben ihre Führer nicht bemerkt, daß sie dabei immer nur der Partei-Linie gefolgt sind?

Die Vergangenheit – eine Warnung

Auf den Versammlungen der Priestervereinigung, die den Geistlichen auch die einzige Möglichkeit zu Gesprächen im Kreis von Mitbrüdern bieten, werden neuerdings auch theologische Fragen behandelt. Will man die beiden Referate als Maßstab der dort gebotenen Vorträge heranziehen, die der Generalsekretär *Hochmann* und der Vorsitzende *Vesely* 1975 in Prag auf dem Ersten Kongreß der Bewegung gehalten haben, so kann das Urteil über die theologische Qualität nicht gut ausfallen. Der erste bemühte sich krampfhaft um eine Rechtfertigung des eigenen Vorgehens in einem pseudo-theologischen Gewand, der zweite wollte biblische Theologie bieten, doch gingen beide am heutigen Stand theologischer Diskussion vorbei, und beide ließen

auch die kirchliche Situation im eigenen Lande völlig unbeachtet. „Hier spricht nicht mehr der christliche Theologe, sondern ist der Wiederhall marxistisch-leninistischer Ideologie“; so urteilt eine Analyse der beiden Prager Referate (vgl. Klerusblatt, München 15. 9. 75). Die Priestervereinigung „Pacem in terris“ steht im derzeitigen Ringen um Religions- und Glaubensfreiheit, im Suchen nach Möglichkeiten christlichen Glaubens und Lebens in der „sozialistischen“ Gesellschaft der ČSSR nicht auf der Seite gläubiger Menschen; diese wissen sich von ihr verlassen. Die sie führende Priestergruppe steht in einem zu engen Verbund mit dem staatlichen Kirchensekretariat, der Institution kommunistischer Verwaltung, die das kirchlich-religiöse Leben überwacht. Sie ist heute „das Unglück der Kirche in der ČSSR“.

Die *Führung der Bewegung* hat sich ihrer geschichtlichen Aufgabe entzogen: innerhalb einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unter der Vormundschaft einer antireligiösen und antikirchlichen omnipotenten Parteiführung nach Möglichkeiten christlicher Glaubensverwirklichung, einer Selbstdarstellung der Kirche und ihres seelsorglichen Wirkens zu suchen. Bei dieser wohl äußerst schwierigen, aber ebenso dringenden Aufgabe hat „Pacem in terris“ versagt. Dabei hätte dieses Suchen nach Wegen und Möglichkeiten in der ČSSR Modellcharakter für Kirche und Seelsorge auch anderswo, heute und wohl noch mehr morgen, haben können.

Die Weichen für diesen Irrweg sind zu einem guten Teil zu suchen in der *Mißachtung der eigenen Vergangenheit* sowie in der *Verarmung der eigenen Theologie*. Aus der eigenen Geschichte weiß man, wie verhängnisvoll für die Kirche im eigenen Volk sich die zu starke Anlehnung der Kirche und ihrer führenden Persönlichkeiten an das österreichische Herrscherhaus bzw. an die dieses vertretenden Regierungen ausgewirkt hat. Und die Zeit unmittelbar nach 1918 mußte den Männern der Bewegung heute deutlich machen, wohin ein Klerus ohne kirchliche Gesinnung gelangen kann. Ein theologisch verarmter und kirchlich entleerter Klerus hat dorthin geführt, wo die Spaltung nicht mehr aufzuhalten war. Selten werden heute in einem Land Konzilsdokumente und Papst-Schreiben so oft zitiert wie in den Reden und Publikationen der Priestervereinigung. Aber es sind textlich zumeist verkürzte oder inhaltlich vergewaltigte Zitate, die dort abbrechen, wo das Gegenteil von dem ausgesagt wird, was die Priestervereinigung herauslesen will. Diese kirchlichen Dokumente werden herangezogen, um den eingeschlagenen Weg zu rechtfertigen, nicht um einen richtigen Weg zu finden.

Stimmen des Widerstandes, vor allem in der Slowakei

Trotz der Wehrlosigkeit, der insbesondere Priester, die nicht auf der Linie der „Pacem in terris“-Führung liegen, ausgesetzt sind, artikuliert sich vereinzelt *Unwille über die antireligiösen Maßnahmen der Partei*. Neben der Stel-

lungnahme einer Priestergruppe um Prerau (Přerov) bei Olmütz (vgl. HK, April 1975, 160ff) ist hier die bereits fast ein Jahr zurückliegende Stellungnahme eines slowakischen Priesters in Košice-Ostslowakei zu nennen (vgl. Kathpress, 4. 3. 75). *Aloiz Tkáč*, Archivar im Bischöflichen Ordinariat in Košice hat auf einer Versammlung dieser Priestervereinigung, deren Mitglied er selbst ist, bittere Klage über die antireligiösen Maßnahmen der Partei geführt.

In seinem ausführlichen Diskussionsbeitrag monierte er: „Unsere Republik hat die Deklaration über die Menschenrechte unterschrieben und angenommen, durch die die Religions- und Gewissensfreiheit geschützt werden... Unsere Verfassung deklariert das Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit... Durch Richtlinien des Kulturministeriums wird der Religionsunterricht geregelt... Der Vorsitzende der Nationalen Front, Gustav Husák, hat im Januar 1971 über die Politik der Nationalen Front unter anderem bekräftigt: ‚Eines der grundlegenden Rechte unserer Gesellschaft ist die Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Wir Kommunisten respektieren das religiöse Empfinden unserer Bürger. Gläubige Bürger können sich bei uns frei zu ihrer Religion melden, ohne Behinderung an religiösen Handlungen sich beteiligen...!‘ Für ein gegensätzliches Handeln sieht das Strafgesetzbuch (§ 326) Folgen vor... Diese Tatsachen sind von hohen Staatsvertretern in Begegnungen mit unseren Ordinarien immer unterstrichen worden.“

Warum er das sage? „Deshalb, weil wir Priester und unsere Gläubigen nicht an Minderwertigkeitskomplexen leiden, und weil unser Glaube und unsere religiöse Überzeugung nur geduldet sind. Pflegen wir in uns selbst ein richtiges Selbstbewußtsein eines gläubigen Bürgers, eines Christen, der ein integrierter Teil und ein produktives Glied einer sozialistischen Gesellschaft ist, mit dem die Gesellschaft rechnet und dessen religiöse Überzeugung und Einstellung sowie dessen Gewissensfreiheit durch Gesetze gewährleistet sind. Nur keine Untergangsstimmung...! Wir können nicht die unangenehme Wirklichkeit übersehen, die uns, Priester und Gläubige, schmerzlich berührt; wir fühlen uns diskriminiert... Die Richtlinien des Kulturministeriums über die Anmeldung der Kinder zum Religionsunterricht werden oft an vielen Orten übertreten. Es wurden Gruppen gebildet, die nicht nur vom Religionsunterricht abraten sollten, sondern geradezu Eltern durch Einschüchterung von der Anmeldung zum Religionsunterricht abgehalten haben, obwohl die Richtlinien klar sagen, wer von wem die Anmeldungen anzunehmen hat; entgegen den Richtlinien wurde gefordert, daß die Anmeldung beide Elternteile überbringen müssen. Manchmal wurde den Eltern vorgehalten: ‚Wollt ihr nicht, daß euer Kind auf eine höhere Schule kommt?‘... Die Kinder, die den Religionsunterricht besuchen, sind oft aus Gruppen, von gemeinsamen Unternehmungen ausgeschlossen worden. Sie dürfen das Pioniersprechen nicht ablegen... Diese Eltern machen mit ihren Kindern jedes Jahr ein Kalvaria mit, sind Märtyrer. Aber wie verträgt sich dies mit

den oben erwähnten Deklarationen und Verlautbarungen? Wenn sich nur einige wenige solche Beispiele ereigneten, auch dann könnten wir nicht schweigen. Leider gibt es sie zu oft! Tatsache ist, daß der Prozentsatz der zum Religionsunterricht angemeldeten Kinder niedrig ist. Ist dem so, weil die Kinder und die Eltern zu glauben aufgehört haben? Atheisten geworden sind? Nein! Das ist die Folge einer natürlichen Angst um die Zukunft!“

Gläubige Bürger würden von der Erfüllung religiöser Bedürfnisse, dem Empfang der Sakramente abgeschreckt. Nur unter Schwierigkeiten könne ein Priester schwerkranken Gläubigen insgeheim die Sterbesakramente spenden. Es bestehe eine Atmosphäre der Angst und Niedergeschlagenheit. Priester würden wegen allgemeiner Anschuldigungen, selbst falscher, die Genehmigung (zur Ausübung der Seelsorge) entzogen. „Wir sind froh“, versicherte der Geistliche, „daß wir in unserer Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik leben. Um keinen Preis würden wir sie eintauschen. Nur die Fehler und Unzulänglichkeiten, die das Leben schwer machten, müßten ausgeräumt werden...“

Die offenen Worte, die Treue zur Kirche und Bekenntnis zum Staat zu verbinden suchten und die übrigens in Anwesenheit des Kirchensekretärs gesprochen worden waren, hatten zunächst keine bösen Folgen. Doch bald kam über Wien die Nachricht von mysteriösen Überfällen auf katholische Geistliche in der Slowakei, darunter auch auf Aloiz Tkáč in Kaschau, der abends nach Verlassen der Kirche von mehreren Männern niedergeschlagen wurde.

Unzufriedenheit mit der Einstellung und Ausrichtung der Priestervereinigung veranlaßten *eine größere Anzahl von Theologen des Preßburger Priesterseminars* an einer Festversammlung dieser Vereinigung anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung des Landes durch die Sowjetarmee demonstrativ nicht teilzunehmen. Zur Rede gestellt, beriefen sie sich auf ihre Gewissensentscheidung. Sie waren Absolventen des Priesterseminars im letzten Jahrgang und standen kurz vor ihrer Priesterweihe. Von den 41 Alumnen dieses Jahrgangs nahmen nach vielen Versuchen von verschiedenen Seiten, sie alle zur Beteiligung zu bewegen, dann 13 teil; von den übrigen 28 durften im Juni sieben Diakone nicht die Priesterweihe empfangen, weil sie sich – so die Begründung – gegen den schuldigen kirchlichen Gehorsam versündigt hätten. Die Nachricht, daß vier von ihnen durch den zuständigen Diözesanbischof dann – entgegen dem Verbot – doch geweiht wurden, konnte bisher nicht bestätigt werden. Die staatliche Genehmigung zur Ausübung der Seelsorge werden sie auf jeden Fall nicht so schnell erhalten.

Ein offener Brief

Eine breiter angelegte Unmuts-Äußerung wird aus der Mittelslowakei gemeldet. In Žilina, Banská Bystrica, Priviedza und anderen Städten sowie in einigen Dörfern dieses Gebietes wurden nachts *Flugblätter* in die Postkäst-

chen der Häuser geworfen, in denen die antireligiöse Propaganda und die Unterdrückung kirchlich-religiösen Lebens angeprangert wurden. Angesprochen werden sollten „Freunde, Katholiken, alle Christen sowie Menschen, die die Wahrheit und Gerechtigkeit suchen“. Darin wurde u. a. die Priestervereinigung „Pacem in terris“ scharf angegriffen. Es seien „kompromittierte Geistliche, die für Judasgeld Titeln und barocken Gewändern nachjagen. Sie repräsentierten die feudale Kirche, die jedem Regime dient“. Auch der tschechische Kulturminister Klusák wurde aufs Korn genommen, weil er dem Heiligen Stuhl Verhandlungen „wie bisher“ anbot (vgl. HK, April 1975, 160ff), aber ausdrücklich „innere Angelegenheiten“ davon ausgenommen sehen wollte. Das Flugblatt rief zur Wachsamkeit auf: „Schweigt nicht, wehrt euch! Duldet kein Unrecht!“

Nicht weniger deutlich war ein offener Brief eines Slowaken an die „Väter Bischöfe, an die Vikare und Funktionäre der Vereinigung „Pacem in terris“ vom Februar 1975. Das Schreiben war eine Antwort eines katholischen Laien auf den Ersten Kongreß der Vereinigung „Pacem in terris“ zum Jahresbeginn 1975 in Preßburg. In der „Katholischen Zeitung“ habe er die Ausführungen und die programmatische Erklärung vom Ersten Kongreß der Vereinigung gelesen. Dazu möchte er „als Glied der katholischen Kirche und Bürger dieses Staates“ seine Meinung äußern. Der Briefschreiber bedankt sich dafür, daß der katholische Klerus sich offen für den Frieden und den Sozialismus einsetzt! Diese ihre Einstellung beweise, „daß wir Gläubige und unsere Religion fortschrittliche Faktoren im großen Bemühen der Menschheit um die Schaffung eines dauerhaften Friedens und einer klassenlosen Gesellschaft sind“. Es mache ihn jedoch stutzig, daß auf einer Versammlung von mehr als 200 Priestern nichts Konkretes über das Verhältnis von Staat und Kirche gesagt und nur ganz allgemein festgestellt wurde, daß „wir dafür sind, daß die [staatlichen] Kirchengesetze eingehalten werden“. Während die Gläubigen sich bemühten, „noch besser eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, erlauben sich gewisse Leute von Staats- und Partei-Organen gegen uns Übergriffe, Ungesetzlichkeiten, Unterdrückung. Das geschehe, obwohl Verfassung und Gesetz die Religionsfreiheit gewährleisteten: Sie greifen uns an, aber geben uns keine Möglichkeit, uns öffentlich zu wehren“.

Es sei allgemein bekannt, welchem Druck und welchen Übergriffen Eltern und Schüler bei der Anmeldung zum Religionsunterricht ausgesetzt seien... „Mit Hilfe von administrativen Eingriffen und durch Druck erreichen sie statistische ‚Erfolge‘ in der atheistischen Erziehung“. Der Briefschreiber zitiert das Beispiel von Ziarn (Hronom). Dort seien 700 Schüler für den Religionsunterricht angemeldet. Im laufenden Jahr gebe es in den Schulen überhaupt keinen Religionsunterricht... Der Briefschreiber protestiert auch gegen die Behandlung von Ordensschwestern, die ihr Leben lang uneigennützig für unser Volk in den Schulen, in Krankenhäusern gearbeitet hätten. Und es sei sicher bekannt, wie vielen Priestern auch wegen Klei-

nigkeiten und ausgedachten „Gründen“ die staatliche Erlaubnis zur Ausübung der Seelsorge entzogen werde.

Ebenso deutlich beklagt er sich über die Bewegung „Pacem in terris“. „Nicht nur ich, sondern wir alle, die wir die ‚Katholische Zeitung‘ lesen, haben in den letzten 25 Jahren der Existenz der Friedensbewegung noch nie lesen können, daß die Vorsteher der Bewegung sich der Religion angenommen haben, der Kirche, der Gläubigen, obwohl es doch studierte Leute sind. Ja, nicht einmal für sich selbst und ihre Kollegen sind sie eingetreten, obwohl doch da schon viel Unrecht geschehen ist! Aus ihren Verlautbarungen klingt es immer so, als ob zwischen Staat und Kirche alles in bester Ordnung wäre ... Wie könnt Ihr, Priester,

wahrhaftig für den Frieden in der Welt kämpfen, wenn Ihr hier, daheim, Euch der eigenen Kirche nicht anzunehmen wißt.“ Frieden und Gerechtigkeit gehörten zusammen. Deshalb bitte er höflich, „die Regierung der Slowakischen Sozialistischen Republik und das ZK der KPS über alle Ungerechtigkeiten zu informieren, die an uns geschehen, auf daß der Sozialismus auch bei uns das werde, was er sein soll: eine Einrichtung, in welcher das arbeitende Volk selbst über sich entscheidet“.

Diese und ähnliche durch Augenzeugen vermittelte Streiflichter über die Situation der Kirche in der ČSSR, wie sie sich im letzten Jahr entwickelt hat, macht deutlich, daß sich die Lage trotz Helsinki noch einmal verschlimmert hat.

Zeitbericht

„Christus befreit und eint“

Die fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi

Vom 23. November bis zum 10. Dezember vergangenen Jahres tagte in der Hauptstadt Kenias, Nairobi, die fünfte Vollversammlung des Weltkirchenrates. Damit fand zum erstenmal eine Tagung des „obersten legislativen Organs, das an der Spitze des Ökumenischen Rates steht“ (so definiert die Verfassung des ÖRK die Vollversammlung) in Afrika statt. Obwohl Nairobi nur „zweite Wahl“ war und als Konferenzort erst ausersehen wurde, nachdem sich die Austragung der Konferenz in Djakarta aus „religionspolitischen“ Gründen als inopportun erwiesen hatte (vgl. HK, Februar 1975, 68), charakterisierte diese Wahl nochmals die „Ära“ der Geschichte des Weltrats, die seit der letzten Vollversammlung in Uppsala datiert.

In Uppsala hatte der ÖRK eine deutliche *Wendung zum sozialen und politischen Engagement* vollzogen, die nach außen hin am auffallendsten durch das Antirassismus-Programm markiert wurde, aus dessen Sonderfonds seitdem afrikanischen Befreiungsbewegungen Gelder für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Seit Uppsala datieren deshalb auch die Vorwürfe an den ÖRK, er politisiere die Ökumene und versage an seiner originären Aufgabe, dem Dienst an der Einheit der Christenheit. Der Streit um den Zusammenhang bzw. die Alternative von Verkündigung und politischer Aktion (vor allem in ihrer Zuspitzung als Befreiungskampf) führte zu schweren Auseinandersetzungen in der Ökumene und beförderte in manchen Mitgliedskirchen Überlegungen, die Mitgliedschaft zur Disposition zu stellen.

Ein weiterer Stein des Anstoßes in der zurückliegenden Periode war die Forderung nach „*Kontextualisierung*“ der christlichen Botschaft. Unter diesem Terminus kann man die Aktivitäten zusammenfassen, die auf ein „Heimischwerden“ des Christentums in den Kulturen der Dritten Welt zielen. Dazu gehört vor allem das Bemühen um eine „Emanzipation“ der jungen Kirchen von ihren „Mutterkirchen“, um eine eigenständige Theologie und um die schöpferische Entwicklung adäquater und origineller Ausdrucksformen des Glaubens, aber auch – was davon wohl nicht ablösbar sein dürfte – der Dialog mit den in den „Missionsländern“ heimischen Religionen. Auf der einen Seite führte das etwa auf der Weltmissionskonferenz in Bangkok (vgl. HK, April 1973, 206 ff.) zu Forderungen wie der nach einem „*Moratorium*“ (d. h. der Einstellung der materiellen und personellen Hilfe aus den „alten“ Kirchen) oder zu Dialogkonzepten, bei denen sich der Missionsauftrag der Kirche zur *quantité négligeable* zu verflüchtigen schien; auf der anderen Seite wurde der Verdacht einer Überfremdung des Evangeliums durch Nationalismen der Dritten Welt bzw. eines unkritischen Hangs zum Synkretismus laut.

Da gerade in Afrika alle diese Probleme virulent sind und die afrikanischen Kirchen zu den besonders selbstbewußten Mitgliedern des ÖRK zählen, war von vielen Beobachtern und hauptamtlichen Ökumenikern eine Vollversammlung der an die Substanz gehenden Kontroversen erwartet worden. Allerdings hatte man das Thema so ge-